

Protokoll:	Verwaltungsausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr. TOP:	108 18
	Verhandlung	Drucksache: GZ:	

Sitzungstermin:	13.04.2016
Sitzungsart:	öffentlich
Vorsitz:	EBM Föll
Berichterstattung:	
Protokollführung:	Herr Häbe pö
Betreff:	"Stuttgart zur TTIP-/CETA- und TISA-freien Zone erklären" - Antrag Nr. 74/2016 der Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS vom 07.03.2016

Der im Betreff genannte Antrag ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

EBM Föll erinnert, der Gemeinderat habe in der Vergangenheit bereits über eine Resolution zum Antragsthema gesprochen. Eine Einigung über die Inhalte einer entsprechenden Resolution sei allerdings nicht zustande gekommen.

Von StR Urbat (SÖS-LINKE-PluS) wird der Antrag begründet.

In der Folge vermisst EBM Föll eine differenzierte Darstellung der Stellungnahmen der kommunalen Spitzenverbände. Es reiche nicht aus zu erklären, dass die kommunalen Spitzenverbände sich grundsätzlich gegen TTIP und CETA aussprechen. Vielmehr würden die Verbände in ihren Stellungnahmen insbesondere Fragen zur kommunalen Daseinsvorsorge / zu den kommunalen Aufgabenfeldern ansprechen. Dazu seien klare Bedingungen formuliert worden. Nach dem derzeitigen Diskussionsstand - endgültige Abkommen würden ja noch nicht vorliegen – sei diesen zumindest sehr weitgehend Rechnung getragen worden.

StR Kotz (CDU) weist darauf hin, dass sich der Ältestenrat mehrfach mit TTIP etc. befasst hat. Seine Fraktion habe erklärt, grundsätzlich seien die Abkommen gerade

für eine exportstarke Stadt wie Stuttgart positiv zu sehen. Zudem habe die CDU-Gemeinderatsfraktion neben den von den kommunalen Spitzenverbänden angesprochen Punkten eine positive Resolutionsbotschaft als erforderlich angesehen. Diesbezüglich habe es aber keine Übereinstimmung gegeben. Seine Fraktion lehne es ab, die angestrebten Verträge angesichts ihrer wirtschaftlichen Vorteile abzulehnen. Von daher werde auch der Antrag Nr. 74/2016 abgelehnt.

StRin Deparnay-Grunenberg (90/GRÜNE) stellt fest, die Bewegung gegen TTIP, CETA und TISA werde größer. Auch immer mehr Unternehmen gingen von einer Unterhöhnung demokratischer und ökologischer Standards durch die geplanten Abkommen aus. Besonders kritisch bewerte ihre Fraktion die fehlende Transparenz und das vorgesehene Sonderklagerecht. EU-Parlamentarier und Bundespolitiker berichteten, dass es sehr schwierig sei, Informationen zu erhalten bzw. komplette Unterlagen einzusehen. Auch wenn ihre Fraktion nicht genau dieselben Antragsformulierungen gewählt hätte, werde dem Antrag, ergänzend zu einem Schreiben des Oberbürgermeisters, gefolgt.

Verwundert zeigt sich StR Pfeifer (SPD) darüber, dass über nicht vorliegende Abkommen diskutiert wird. Die geäußerten Sorgen, z. B. zum Aspekt Transparenz, teile die SPD-Gemeinderatsfraktion, aber derzeit befinde man sich in einem laufenden Verfahren. In punkto Schiedsgerichte habe sich einiges getan. So habe man sich, nicht zuletzt auf Druck von Bundeswirtschaftsminister Gabriel, auf öffentliche Schiedsgerichte geeinigt. Die Resolution des Städtetages werde unterstützt. So müsse Freiheit für die kommunale Betätigung im wirtschaftlichen Bereich gewährleistet sein. Die Position des Städtetages werde unterstützt, aber etwas noch nicht Vorliegendes abzulehnen, finde nicht die Unterstützung der SPD-Gemeinderatsfraktion.

StR Urbat zeigt sich überzeugt, dass die Abkommen in ihren Grundzügen bereits weitgehend fixiert sind. Insbesondere sei das CETA-Abkommen fertiggestellt. Dieses Abkommen könne über Canada als "Türöffner" für Eingriffe von US-Konzernen in Europa dienen. Ausgehend davon, dass überwiegend kleine und mittlere Unternehmen Arbeitsplätze schaffen, müsse deren Gefährdung verhindert werden. Völlig inakzeptabel sei, dass die Abkommen auf Bundesebene zur Abstimmung gestellt werden, ohne dass deren Inhalte öffentlich bekannt sind. Dies sei undemokratisch.

Indem StRin von Stein (FW) mitteilt, sie tue sich schwer, über etwas zu diskutieren, das nicht bekannt ist, schließt sie sich den Ausführungen von StR Pfeifer an.

In der Folge wird durch den Vorsitzenden betont, OB Kuhn habe in einem Schreiben dargelegt, dass sich die Landeshauptstadt vollumfänglich insbesondere die Positionen des Deutschen Städtetages zu eigen macht.

Mit Nachdruck bedauert StR Prof. Dr. Maier (AfD), dass es dem Gremium nicht gelingt, sich zumindest der Position des Städtetages anzuschließen. Soweit bekannt seien die Abkommen mit Demokratie-/Souveränitätsverlusten verbunden. Sie schränken die Rechte der Parlamente ein, und u.a. werde eine Paralleljustiz etabliert. Begrüßenswert wäre es gewesen, wenn in dem Antrag auch Bedingungen aufgelistet worden wären, unter denen TTIP und TISA akzeptiert werden könnten (z.

B. keine Einschränkung von Parlamentsrechten, Verzicht auf das Kapitel zum Investitionsschutz, Verzicht auf ein Absenken verbraucherrelevanter Standards auf das unterste Niveau). Zwar sei der Antrag nicht perfekt, aber aus Sicht seiner Fraktion sei er wenigstens eine Grundlage für eine Gemeinderatsposition. Insofern werde dem Antrag zugestimmt.

StR Dr. Oechsner (FDP), der sich den Ausführungen von StR Pfeifer anschließt und die Position des Städtetages unterstützt, bezeichnet den Antrag als zu weit gehend. Natürlich gebe es bei den Abkommen bezüglich Transparenz und Mitbestimmung Defizite, aber man könne doch nicht zu einer kompletten Ablehnung kommen, ohne die Inhalte zu kennen.

Nachdem sich für den Antrag keine Mehrheit abzeichnet, appelliert StRin Deparnay-Grunenberg an die Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS, die fragende Haltung des OB-Schreibens nicht dadurch zu schwächen, indem der Antrag aufrechterhalten wird. Strategisch so vorzugehen lehnt StR Rockenbauch (SÖS-LINKE-PluS) ab. Der Oberbürgermeister habe sich in seinem Schreiben dankenswerterweise für die kommunalen Belange eingesetzt. In einer Demokratie könne es aber nicht sein, dass Sachverhalte zur Abstimmung gebracht werden, ohne dass die demokratisch legitimierten Entscheidungsträger Kenntnis von den Inhalten der Sachverhalte haben. Weder das EU-Parlament noch der Bundestag hätten die entsprechenden Zugänge. Da auch kommunale Interessen betroffen seien, sei es ein verantwortliches Handeln, ein solches Verfahren abzulehnen. Damit würden letztlich die Entscheidungsträger auf Bundes- und EU-Ebene unterstützt.

Anschließend merkt StR Kotz an, er könne nicht erkennen, weshalb der Stuttgarter Gemeinderat sich um Verfahrensstränge des Bundestages und des EU-Parlaments kümmern müsse. Dafür gebe es die dort tätigen gewählten Volksvertreter. Zudem betont StR Pfeifer anknüpfend an StR Kotz, der Antrag Nr. 74/2016 ziele auf eine pauschale Verdammung der Abkommen ab. Inhaltliche Forderungen, z. B. nach mehr Transparenz und nach frühzeitigeren Beteiligungen hätten mitgetragen werden können. An StR Kotz gewandt erklärt StR Prof. Dr. Maier, der Deutsche Bundestag werde über diese Abkommen nicht abstimmen. Die EU-Kommission wolle auf keinen Fall, dass diese Abkommen als gemischte Abkommen betrachtet werden; über sogenannte gemischte Abkommen hätten die Parlamente der EU-Mitgliedsstaaten zu entscheiden. Die EU-Kommission wolle ausschließlich eine Beschlussfassung auf europäischer Ebene. Hierzu weist EBM Föll darauf hin, dass die Kernaufgabe der Europäischen Union darin besteht, Handelsverträge abzuschließen.

Abschließend stellt EBM Föll fest:

Der Verwaltungsausschuss lehnt den Antrag Nr. 74/2016 bei 7 Ja- und 10 Gegenstimmen mehrheitlich ab.